

Empty rectangular box with three horizontal lines for writing.

BStU

Zentralarchiv

MfS - HA IX



8740

BStU 42-009 01,94

## Hinweis

zu Problemen im Zusammenhang mit Maßnahmen der UVR zum Abbau von  
Grenzsicherungsanlagen

In Arbeitsberatungen mit leitenden Mitarbeitern des MdI der UVR im März und April 1989 wurden erste Hinweise zum geplanten Abbau von Grenzsicherungsanlagen an der Staatsgrenze der UVR zu Österreich bekannt. In diesem Zusammenhang versicherten die Genossen vom Bruderorgan, daß durch verstärkte Tiefensicherung und Qualifizierung der im Grenzsicherungssystem eingesetzten Kräfte, durch verstärkte Streifentätigkeit und Zusammenarbeit mit Grenzhelfern und der Grenzbevölkerung, durch die Erhöhung des technischen Ausbildungsniveaus der Grenzposten und stärkere Tiefenkontrollen ein zuverlässiger Schutz der Grenze gewährleistet und dadurch der Abbau der Anlagen kompensiert werden soll.

Am 2. 5. 1989 wurde bekannt, daß durch die Grenzkommandos Zalaegerszeg, Szombathely, Sopron und Győr mit dem Abbau der Grenzsicherungsanlagen vorerst auf Teilstücken von jeweils ca. 1 km begonnen wurde. Der Gesamtabbau soll bis Ende 1990 vollzogen sein.

Diese Maßnahmen der UVR wurden durch Massenmedien, insbesondere der BRJ und Westberlins umfassend und tendenziös vermarktet. Zu den bereits in zurückliegender Zeit erfolgten und auf Nachahmung gerichteten Veröffentlichungen westlicher Massenmedien zu gelungenen Grenzdurchbrüchen von DDR-Bürgern an der Staatsgrenze der UVR, zur angeblich geringen Sicherung der Grenzen zur SFRJ und Österreich erfolgen nunmehr die genannten Veröffentlichungen.

Diese sind gepaart mit Spekulationen, daß der Abbau der Grenzsicherungsanlagen in der UVR künftig Grenzdurchbrüche erleichtert und in diesem Zusammenhang die anderen sozialistischen Staaten gezwungen sein könnten, restriktive Maßnahmen im Reiseverkehr in die UVR einzuleiten, was auf Unverständnis der Bevölkerung stoßen müßte.

Die UVR ist für DDR-Bürger ein bedeutendes Reise- und hinsichtlich der SRR und VRB auch Transitland. So reisten 1988 über 800.000 DDR-Bürger im Rahmen von Touristen-, Privat- und Dienstreisen in die UVR und ca. die gleiche Anzahl DDR-Bürger passierten die UVR im Transit. Die Tendenz ist seit Jahren besonders hinsichtlich der Privatreisen steigend.

In wachsendem Umfang wird das Territorium der UVR von DDR-Bürgern zum versuchten oder vollendeten ungesetzlichen Verlassen der DDR mißbraucht. Die Anzahl der DDR-Bürger, die über die UVR die DDR ungesetzlich verlassen wollten oder verlassen haben, hat sich 1988 gegenüber 1987 fast verdoppelt. Diese Tendenz setzt sich 1989 fort, was nachfolgende Übersicht zeigt:

	Gesamtzahl der Täter	davon verhinderte Grenzübertritte	davon gelungene Grenzübertritte
1987	413 Pers.	330 Pers.	83 Pers.
1988	762 "	552 "	210 "
I.Quartal 1988	33 "	30 "	3 "
I.Quartal 1989	84 "	60 "	24 "
April 1989	80 "	63 "	17 "

Den bedeutendsten Anteil an den Verhinderungen dieser Straftaten haben die Sicherheitsorgane der UVR. Er betrug im Jahre 1987 78 % (260 Personen) und 1988 bei stark angestiegener Täterzahl 76 % (420 Personen). Im I. Quartal 1989 erhöhte sich der Anteil auf 88 % (53 Personen).

Auf der Grundlage abgeschlossener Vereinbarungen werden nach wie vor die durch Sicherheitsorgane in der UVR festgenommenen DDR-Bürger an die DDR zur Strafverfolgung übergeben.

In diesem Zusammenhang ist zu beachten, daß nur 33 % der Täter versuchter und vollendeter ungesetzlicher Grenzübertritte über die UVR im Jahre 1988, die bis in die UVR gelangten (229 Personen), die Angriffe gegen die Staatsgrenze der UVR zu Österreich richteten.

Ca. die Hälfte dieser Angriffe (103 Personen) konzentrierte sich auf die Räume, die von westlichen Medien im Zusammenhang mit dem Abbau der Grenzsicherungsanlagen benannt wurden. Dazu die folgende Übersicht:

Raum	Gesamttäter	Verhindert an der Sperre	Verhindert in der Tiefe	Vollendeter Durchbruch
Hegyeshalom	8	-	6	2
Köszeg	19	4	9	6
Sopron	64	11	28	25
Szentgotthard	12	5	3	4
	103	20	46	37

Die Übersicht zeigt besonders, daß die Wirksamkeit bei der Verhinderung von Grenzdurchbrüchen bereits 1988 besonders in der Tiefe des Grenzgebietes (macht z.T. bis zu 15 km aus) liegt.

Unter den gegebenen Bedingungen werden zur vorbeugenden Verhinderung von ungesetzlichen Grenzübertritten unter Mißbrauch des Territoriums der UVR folgende Schlußfolgerungen abgeleitet:

1. Das Antrags- und Genehmigungsverfahren der DVP ist hinsichtlich beantragter Reisen in die UVR auf der Grundlage der Reiseverordnung und der dazu erlassenen Weisungen des MdI noch qualifizierter durchzusetzen.
2. Durch die operativen Dienstseinheiten sind verstärkt Ersthinweise auf beabsichtigtes ungesetzliches Verlassen der DDR, insbesondere unter Mißbrauch des Territoriums der UVR zu erarbeiten und unter Beachtung der Konspiration und Geheimhaltung der

DVP zur Verhinderung noch auf dem Gebiet der DDR zu übergeben. Dabei sind Antragsteller auf ständige Ausreise zu beachten, besonders wenn deren Anträge bereits abgelehnt wurden.

3. Bei Bekanntwerden von Hinweisen des beabsichtigten ungesetzlichen Verlassens der DDR sind unverzüglich Signale an die DVP zu geben, damit entsprechende Sichtvermerke auf Karteimitteln der DVP angebracht werden können; die im Rahmen des Antrags-, Prüfungs- und Entscheidungsverfahrens zu berücksichtigen sind.
4. Weitere Qualifizierung des Filtrierungsprozesses an den Grenzübergangsstellen im engen Zusammenwirken mit den Zollorganen, um verdächtige Personen zu erkennen, aus den Reiseströmen herauszulösen und bei Vorliegen entsprechender Voraussetzungen an der Ausreise zu hindern.
5. Weitere Qualifizierung des Fahndungssystems im Reise- und Flugverkehr in die UVR auf der Grundlage der von Diensteinheiten erarbeiteten operativen Hinweise bei strikter Einhaltung der RVO.
6. Durch die operativen Diensteinheiten ist in stärkerem Umfang und rechtzeitig eine enge Zusammenarbeit mit den Stützpunkten der Linie IX an der Staatsgrenze "Süd" bzw. "Flughafen" bei der gezielten Verhinderung ungesetzlicher Grenzübertritte zu sichern. Zur Einleitung gezielter und abgestimmter Maßnahmen haben Übergeben erforderlicher Materialien bzw. entsprechende Beratungen zu erfolgen, um die erforderlichen Maßnahmen, einschließlich Handlungsvarianten der PKE und des Zolls festlegen zu können.
7. Verstärkung der Anstrengungen der operativen Diensteinheiten zur Erarbeitung von Ersthinweisen zu beabsichtigtem ungesetzlichen Verlassen der DDR über die UVR und unverzügliche operative Bearbeitung von bedeutsamen Hinweisen, besonders zu spektakulären Vorhaben, einschließlich Schleusungen in OPK und OV mit dem Ziel der wirksamen Verhinderung noch auf dem Territorium der DDR.

8. Verstärkung der Anstrengungen zur Aufklärung vollendeter ungesetzlicher Grenzübertritte über die UVR auf unbekanntem Wegen, um Aktivitäten krimineller Menschenhändlerbanden rechtzeitig zu erkennen, zu bekämpfen und Nachschleusungen zu vereiteln und um Grenzübertritte verhindern zu können, die als Nachahmung von vollendeten ungesetzlichen Grenzübertritten vorbereitet bzw. versucht werden.
9. Weitere Qualifizierung der Zusammenarbeit mit den für die Grenzsicherung, den Tourismus und Untersuchung zuständigen Bereichen der Sicherheitsorgane der UVR mit dem Ziel die guten Traditionen der gemeinsamen Arbeit fortzusetzen.
10. Verstärkung von Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit zur Nachweisführung für den zuverlässigen Schutz der Staatsgrenze n aller sozialistischen Länder, insbesondere der UVR.

Dazu können sowohl Erkenntnisse der Linie IX als auch Informationen von zurückgekehrten Personen genutzt werden.

Es wird davon ausgegangen, daß keine Einschränkung des Reiseverkehrs in die UVR erfolgt. Eine Einschränkung des Reiseverkehrs in die UVR könnte zu erheblichen zusätzlichen Belastungen, besonders hinsichtlich der Antragstellung auf ständige Ausreise, des Reiseverkehrs ins nichtsozialistische Ausland unter Bedingungen der RVO sowie des ungesetzlichen Verlassens der DDR überhaupt führen.

Hauptabteilung IX  
Leiter

Berlin, 16.11.1988

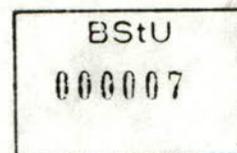
BStU  
000006

Zur persönlichen Kenntnisnahme und differenzierten Auswertung an die Genossen

- Oberst Kowalewski *Kow*
- Oberst Plache *Pl. 15/11*
- Oberst Möller *Mö.*
- Oberst Pfütze *Pf.*

Danach Rückgabe an mich.

*Fister*  
Fister  
Generalmajor



I n f o r m a t i o n

zu den bisherigen Ergebnissen des Erfahrungsaustausches mit dem Leiter der Hauptverwaltung Untersuchung des MdI der Volksrepublik Bulgarien

---

X

Entsprechend der bestätigten Konzeption wird seit dem 9. 11. 1988 der Erfahrungsaustausch mit einer Delegation der Hauptverwaltung Untersuchung des MdI der Volksrepublik Bulgarien durchgeführt. Die bulgarische Delegation steht unter Leitung des Genossen Generalmajor Kozaliew - Leiter der Hauptverwaltung Untersuchung. Ihr gehören weiter drei verantwortliche Mitarbeiter der Hauptverwaltung an.

Im Verlauf der Beratungen, die aufgrund des verspäteten Eintreffens der bulgarischen Delegation infolge ungünstiger meteorologischer Bedingungen erst am 9. 11. 1988 aufgenommen wurden, erfolgt der Austausch von Erfahrungen, Erkenntnissen und Erfordernissen der Untersuchungsarbeit zu folgenden Komplexen:

- Aufdeckung und untersuchungsmäßige Bearbeitung von Angriffen imperialistischer Geheimdienste sowie Erfordernisse der Untersuchungstaktik, der Beweisführung und der Zusammenarbeit mit den zuständigen operativen Dienststeinheiten,
- Nutzung des sozialistischen Rechts in seiner ganzen Breite und Differenziertheit zur konsequenten und offensiven Bekämpfung politischer Untergrundtätigkeit, öffentlichkeitswirksamer Provokationen und anderer Aktivitäten vom Gegner inspirierter feindlich-negativer Kräfte,
- Anforderungen an eine wirksame und vorbeugende Bekämpfung terroristischer Handlungen sowie Erfordernisse der Qualifizierung der Untersuchungsarbeit,

- Aufgabenstellungen zur Qualifizierung der Untersuchungs-arbeit bei der Aufdeckung und Bearbeitung von Straftaten gegen die Volkswirtschaft,
- Erfordernisse des Zusammenwirkens der Untersuchungsorgane des MfS und des MdI der VR Bulgarien bei der wirksamen Bekämpfung von Angriffen gegen die Staatsgrenzen sozialistischer Staaten.

Genosse Kozaliew informierte darüber, daß die Prozesse des Umbaus der sozialistischen Staats- und Gesellschaftsordnung in der VR Bulgarien intensiv vorangetrieben werden mit dem Ziel der Erhöhung der Aktivität und der Verantwortung der Werktätigen. Schwerpunkt dabei bildet die Erreichung eines höheren Engagements für die materielle Produktion. Diesem Ziel dienen auch die Veränderungen und Umgestaltungen im gesamten Staats- und wirtschaftsleitenden Apparat, wobei dessen konsequente Einschränkung beabsichtigt ist. Im Bereich des MdI sind die entsprechenden Prozesse noch nicht in der Etappe der unmittelbaren Realisierung.

Gegenwärtig ist ein Absinken der Staatsdisziplin zu verzeichnen. Viele Pläne werden nicht erfüllt. Eine große Anzahl von Havarien und Bränden ist auf subjektives Fehlverhalten zurückzuführen.

Hier einzuordnen sei eine sich verstärkende Zunahme von Raub- und Diebstahlhandlungen zum Nachteil des sozialistischen und persönlichen Eigentums bis hin zu Überfällen auf sich in der VR Bulgarien als Touristen aufhaltender Ausländer. Die Aufklärung dieser Straftaten stellt an die Untersuchungsorgane hohe Anforderungen.

Im Rahmen des weiteren Ausbaus der Rechtsordnung wird am 1. 1. 1989 ein Entschädigungsgesetz in Kraft treten, das dem Umfang von finanzieller Entschädigung des Bürgers bei gesetzwidrigen Handlungen von Gerichten, Staatsanwälten oder Untersuchungsführern regelt.

2  
1  
Es wird ferner ein Gesetz verabschiedet werden, das die Fragen der Bildung und Tätigkeit nichtkommerzieller Vereinigungen regeln wird. Das Vereinigungs- bzw. Versammlungsrecht ist bisher in der VR Bulgarien nur als Verfassungsgrundsatz geregelt, so daß sich feindliche Kräfte auf diese "Freiheiten" demagogisch berufen. Mit dem entsprechenden Gesetz soll dieser Bereich im Interesse der Gewährleistung der staatlichen und öffentlichen Sicherheit und Ordnung eindeutig geregelt werden.

1  
W  
In Vorbereitung sind gesetzliche Bestimmungen über das Recht und die Bedingungen der zeitweiligen bzw. ständigen Ausreise aus der VR Bulgarien. Hierbei werden vor allem Probleme in Hinblick auf die türkische Minderheit und den Schutz vor Abwerbung der Intelligenz gesehen. Ferner werde damit gerechnet, daß eine größere Anzahl - Genosse Kozaliew nannte die Zahlen 50-100 000 - bulgarischer Bürger diese Regelungen zum ständigen Verlassen des Landes nutzen werden. Ein Indiz dafür werde in der Tatsache gesehen, daß seit dem Beginn der Erörterung dieses Gesetzgebungsvorhabens in der Öffentlichkeit ein starker Rückgang der Versuche von ungesetzlichen Grenzübertritten bulgarischer Bürger zu verzeichnen ist. Im Zusammenhang mit dem Ausbau der Rechtsordnung wies Gen. Kozaliew auf die auch in der VR Bulgarien vorhandenen Diskussionen zur Schaffung eines selbständigen staatlichen Untersuchungsapparates hin. Er betonte, daß er persönlich eine Herauslösung der Untersuchungsorgane aus dem MdI für falsch hält, weil es dafür keinerlei zwingende Gründe gibt. Er geht davon aus, daß diese Position auch von den in dieser Angelegenheit wesentlichen Entscheidungsträgern geteilt wird.

W  
Ferner wurde von ihm hervorgehoben, daß die Stabilität des Untersuchungsapparates des MdI weiter ausgebaut wurde, wozu die in letzter Zeit kontinuierliche Zuführung von jungen Untersuchungsführern, an deren Erziehung und Qualifizierung beharrlich gearbeitet wird, bedeutend beitrug. Der gesamte Apparat besteht aus ca. 1300 Leitern und Untersuchungsführern, von denen 170 auf der Linie Staatssicherheit eingesetzt sind. Lediglich 36 Angehörige sind älter als 55 Jahre.

Die Belastung der Untersuchungsorgane ist permanent hoch, wobei bereits seit längerer Zeit jährlich ca. 1000 Brände und 4000 unnatürliche Todesfälle zu untersuchen sind. Zur Zeit ist ein extremer Anstieg von Ermittlungsverfahren zur Bekämpfung von Zoll- und Devisenstrafataten zu verzeichnen, in die auch Ausländer, z. T. als Auftraggeber, einbezogen sind.

2

Abschließend betonte Genosse Kozaliew zu diesem Komplex, daß sich der Umbau der bulgarischen Gesellschaft äußerst kompliziert gestaltet, wobei eine Anzahl von Parteimitgliedern durch negative Verhaltensweisen in Erscheinung tritt. Die Partei gestattet den Sicherheitsorganen kein offensives Eingreifen, so daß sie sich auf die Erarbeitung und Zurverfügungstellung von Informationen konzentrieren.

Im Zusammenhang mit ersten Darlegungen zu den Erkenntnissen aus der Klärung der Terroranschläge im Zeitraum 1984 - 1986 betonte Genosse Kozaliew, daß ein wesentliches Element für den Erfolg in einer qualifizierten Arbeit mit Versionen gesehen wird.

Durch deren exakte und vollständige Abarbeitung gelang es, den Tätern im Rahmen des seit dem 9. 4. 1987 gegen Unbekannt geführten Ermittlungsverfahrens Schritt für Schritt näher zu kommen, wobei alle erzielten Untersuchungsergebnisse und operativen Erkenntnisse immer wieder neu bewertet und eingeordnet wurden.

Wesentliche Schlußfolgerungen werden vor allem in der konsequenten Qualifizierung der kriminalistischen Beweisführung, der frühzeitigen Einbeziehung von Spezialisten und Sachverständigen sowie in der Vervollkommnung der Prozesse der Überprüfung von Untersuchungsergebnissen in Abstimmung der Verantwortung mit den operativen Dienststeinheiten gesehen.

Gegenwärtig wird eine umfangreiche Analyse der Vorgänge als Grundlage für Maßnahmen zur Qualifizierung der operativen und untersuchungsmäßigen Arbeit erstellt.

Es ist vorgesehen, den Erfahrungsaustausch mit den Beratungen zu den eingangs genannten Komplexen forzusetzen und die bulgarische Delegation mit den Ergebnissen bei der weiteren Gestaltung des Zentrums der Hauptstadt der DDR vertraut zu machen.

BStU  
000011

Verteiler

1. Ex. Genosse Minister
2. Ex. Leiter Abteilung X
3. Ex. Leiter HA IX

Berlin, 11. November 1988

BStU  
000012

**Niederschrift**

zum Gespräch des Ministers für Staatssicherheit mit dem Leiter der Hauptverwaltung Untersuchung des MdI der Volksrepublik Bulgarien

---

Das Mitglied des Politbüros des ZK der SED und Minister für Staatssicherheit Genosse Armeegeneral Mielke empfing am 10. 11. 1988 den Leiter der Hauptverwaltung Untersuchung des MdI der Volksrepublik Bulgarien Genossen Generalmajor Kozaliew zu einem Gespräch. An diesem nahmen der Leiter der Hauptabteilung IX Genosse Generalmajor Fister, der Leiter der Abteilung X Genosse Generalmajor Damm und der Leiter der AKG der Hauptabteilung IX Genosse Oberst Eschberger teil.

Genosse Minister begrüßte Genossen Kozaliew und erteilte ihm das Wort zu einer kurzen Einschätzung zu den bisherigen Ergebnissen des Erfahrungsaustausches. Genosse Generalmajor Kozaliew brachte zum Ausdruck, daß der Erfahrungsaustausch effektiv genutzt wurde, um die Verantwortung der Untersuchungsorgane bei der Aufgabenerfüllung in der gegenwärtigen Zeit herauszuarbeiten. Er übermittelte an Genossen Minister die herzlichsten Kampfesgrüße des Ministers des Innern der VR Bulgarien Genossen Stojanow. Er hob hervor, daß der Erfahrungsaustausch seinerseits als sehr nützlich eingeschätzt wird und bedankte sich für die Möglichkeit seiner Durchführung. Im Zusammenhang mit den durch Genossen Kozaliew übermittelten Grüßen des Ministers des Innern der VR Bulgarien Genossen Stojanow brachte Genosse Minister Mielke seine Wertschätzung für die gute Zusammenarbeit zum Ausdruck und bat um die Übermittlung der herzlichsten Kampfesgrüße. Er hob hervor, daß der Brief des Genossen Stojanow angekommen und von ihm gründlich ausgewertet wird.

Genosse Mielke ging dann auf den Leitartikel aus "Rabotnitschesko Delo" vom 26. 10. 1988 ein und führte an, daß er Übersetzungen davon an das Mitglied des Politbüros Genossen Egon Krenz, an den Minister des Innern der DDR Genossen Armeegeneral Dickel sowie an leitende Genossen des MfS übergeben hat. Dieser Artikel stellt, auch wenn kritische Hinweise enthalten sind, für die Arbeit der Staatssicherheit und der Miliz eine wichtige Hilfe dar.

Der Erfahrungsaustausch zwischen der Hauptverwaltung Untersuchung des MdI der VR Bulgarien und der Hauptabteilung Untersuchung des MfS findet in einer wichtigen Zeit statt. Er berührt die Grundfragen der Stärkung und Sicherung der Arbeiter-und-Bauern-Macht und die dazu durch die Untersuchungsarbeit zu leistenden Beiträge. Die Ergebnisse, über die Genosse Mielke seiner hervorgehobenen Einschätzung zufolge gut informiert wurde, bestätigen, daß durch die Untersuchungsorgane richtig an die Realisierung der Aufgabenstellung herangegangen wird.

Die Aufgaben sind in einer angespannten Zeit zu realisieren, deren Probleme und Schwierigkeiten sich auch auf Grund unterschiedlicher Auffassungen zu den Wegen und Formen der Gestaltung des Sozialismus ergeben. Umgestaltung der Gesellschaft ist überall dort richtig und notwendig, wo man umgestalten muß. Umgestaltung heißt nicht Nachahmen, nicht die Umgestaltung als Schlagwort mißbrauchen, nicht nur ständig über die Umgestaltung reden, sondern erfordert konsequent und konkret im Sinne der politischen Umgestaltung der Gesellschaft zu handeln. Deshalb ist es richtig, wenn Genosse Kozaliew jene Fragen so hervorhob, die damit verbunden sind, das Engagement der Werktätigen für die materielle Produktion und das sozialistische Eigentum sowie für die Vervollkommnung aller wirtschaftlichen Prozesse zu stärken.

Von den Feinden des Sozialismus wird gegenwärtig nicht nur eine Reihe von Angriffen gegen den Stalinismus und die Person Stalins geführt, sondern es wird zu Angriffen gegen Lenin übergegangen. Dabei wird übersehen oder vorsätzlich mißachtet, daß die entscheidenden Lehren Lenins gegenwärtig von höchster Aktualität sind. Die Frage "Wer-wen?" entscheidet sich in der materiellen Produktion. Wenn, wovon wir überzeugt sind, der Sozialismus die einzige Alternative darstellt, dann müssen wir den Imperialismus in der materiellen Produktion, in der Arbeitsproduktivität ein- und überholen. Nur so können und werden wir den Sieg erringen, da wir keinen Krieg führen wollen. Die Bourgeoisie wird die Macht und den Reichtum nicht freiwillig aufgeben, so daß uns also auch ohne Krieg ein harter Kampf bevorsteht. Dafür, daß sie freiwillig die Macht aufgeben werden, gibt es keinerlei Anzeichen, auch wenn vom gemeinsamen "Europäischen Haus" gesprochen wird. Diese Zusammenhänge sieht er, so der Genosse Minister, im Zusammenhang mit den vom Genossen Kozaliew aufgeworfenen Fragen zur materiellen Produktion.

Ferner ist immer zu beachten, daß Lenin niemals den Klassenkampf verschwiegen hat, er immer davon ausging, daß dieser mit aller Konsequenz zu führen ist.

Die Realisierung des den Staatssicherheitsorganen übertragenen Auftrages, die Politik der Partei zu unterstützen, erfordert mit Konsequenz die sozialistische Staats- und Gesellschaftsordnung wirtschaftlich zu stärken und alle Pläne sowie Absichten des Feindes von Außen und im Innern aufzudecken. Daran muß weiter konsequent gearbeitet werden. Wenn diese Klarheit nicht besteht, wenn die Staatssicherheitsorgane nur die Fragen des Friedens und der Abrüstung sehen, dann können die Mitarbeiter nicht richtig geführt und eingestellt werden, dann werden sie nicht die Informationen erarbeiten die wir brauchen, um unseren Klassenauftrag zu erfüllen. Klarheit muß darüber herrschen, wenn der Sozialismus nicht stark ist, dann gibt es keinen Frieden, wenn wir wirt-

schaftlich nicht stark sind, dann sind wir bedeutungslos, so erziehen wir unsere Angehörigen. Wir bleiben nicht bei der Erarbeitung von Informationen stehen, wir gehen in allen Fragen, die uns hemmen, die eine Gefahr für den Sozialismus darstellen können, offensiv vor. Wenn wir der Parteiführung einen richtigen Vorschlag zum offensiven Handeln unterbreiten, dann wird er auch genehmigt.

Die Klassenkampfsituation wird gegenwärtig auch dadurch gekennzeichnet, daß die imperialistischen Hauptmächte an den Embargobestimmungen festhalten; daß sie den Kurs der weiteren Modernisierung der atomaren Kurzstreckenwaffen sowie der konventionellen Rüstung weiter verfolgen.

Da das so ist, müssen also auch die Staatssicherheitsorgane mit voller Konsequenz weiterarbeiten - müssen sie also auch in allen Fragen weiter offensiv handeln.

Hierzu erläuterte Genosse Minister das Vorgehen des Gegners und feindlich-negativer Kräfte im Zusammenhang mit der Besetzung der dänischen Botschaft in der Hauptstadt der DDR. Er hob besonders hervor, daß im Ergebnis konsequenten Handelns die Provokation unterbunden und durch zentral abgestimmte differenzierte rechtliche Entscheidungen ein Differenzierungsprozeß erreicht wurde, es jedoch dennoch dazu kam, daß einer der Haupttäter sich mit falschen Darstellungen an westliche Medien wandte. Daraufhin wurde sofort und konsequent über das Außenministerium gehandelt und offensiv der tatsächliche Sachverhalt dargestellt, so daß den gegen die Entspannung gerichteten Bestrebungen die Spitze abgebrochen werden konnte.

Im Zusammenhang mit den Darlegungen des Genossen Kozaliew im Erfahrungsaustausch zu den nichtkommerziellen Gruppen ist festzustellen, in der DDR werden wir derartige Gruppen nicht zulassen. Wir werden nicht gestatten, in der DDR, Helsinki - Überwachungsgruppen zuzulassen. Das gilt auch für den Fall, daß wir in den Verhandlungen in Wien allein stehen.

Wir sind auch nicht damit einverstanden, daß es ein Recht geben kann, daß jeder ein- und ausreisen kann wie er will.

Wir werden auch am Mindestumtausch festhalten.

Wir müssen aber auch feststellen, daß der bulgarische Außenminister unseren Außenminister in diesen Fragen bisher nicht unterstützt hat. Er lege diese Positionen so dar, betonte Genosse Minister Mielke, weil wir zuerst Tschekisten und Kommunisten sind und sich daraus unsere gemeinsame Verantwortung ergibt. Genosse Kozaliew soll diese Gedanken dem Genossen Stojanow übermitteln.

Es ist richtig, daß in der Volksrepublik Bulgarien Lücken in der Rechtsordnung geschlossen werden. Dabei muß man immer beachten, daß der Feind am Handeln zu hindern ist.

Entsprechend den Festlegungen unserer Partei ist es ein vorrangiges Anliegen in der DDR, die sozialistische Rechtsordnung planmäßig auszubauen und die Rechtssicherheit umfassend zu gewährleisten.

Bereits in der Vergangenheit wurden dazu umfangreiche Rechtssetzungsmaßnahmen realisiert.

So bestimmt das Gesetz zur Regelung der Staatshaftung in der DDR vom 12. Mai 1969, daß für Schäden, die einem Bürger durch Mitarbeiter und Beauftragte staatlicher Organe oder staatlicher Einrichtungen in Ausübung staatlicher Tätigkeit rechtswidrig zugefügt werden, das jeweilige staatliche Organ oder die staatliche Einrichtung haftet.

Auch hinsichtlich der Verwirklichung des verfassungsmäßigen Grundsatzes der Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit haben wir entsprechende Rechtsvorschriften geschaffen, auf deren Grundlage die Bürgerrechte realisiert werden.

So die Verordnung über die Gründung und Tätigkeit von Vereinigungen vom 6. November 1975 und die Verordnung über die Durchführung von Veranstaltungen vom 30. Juni 1980.

Selbstverständlich werden der Rahmen der Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit durch die Grundsätze und Ziele unserer Verfassung bestimmt.

Auch unsere Partei- und Staatsführung überlegt gegenwärtig das Problem des Reiseverkehrs von Bürgern der DDR neu zu regeln.

Das Ziel besteht darin, die Rechte der Bürger, die Rechtssicherheit und die Rechtsstaatlichkeit insgesamt, weiter auszuprägen und gleichzeitig weitere Voraussetzungen für ein einheitliches Handeln unserer Staatsorgane zu schaffen. Wir werden dabei jedoch weiterhin nicht zulassen, daß imperialistische Kräfte den Reiseverkehr für subversive Handlungen und zur oftmals raffiniert getarnten Abwerbung von Bürgern der DDR zu mißbrauchen versuchen.

Das gilt auch für Versuche entspannungsfeindlicher Kräfte, Staatsbürger der DDR zum Verlassen ihrer Heimat zu veranlassen.

Weiterer Ausdruck für die Bestrebungen unseres Staates, die Rechtssicherheit der Bürger und das Vertrauensverhältnis zwischen Staat und Bürger zu stärken, ist das in Vorbereitung befindliche Gesetz über eine staatliche Vorauszahlung an Bürger, die durch Straftaten geschädigt wurden, d. h. der Staat erfüllt den Schadenersatzanspruch des Bürgers, wenn die Durchsetzung gegen den Straftäter selbst nicht möglich ist.

Die Bestimmungen dieses Gesetzes werden hinsichtlich des Umfanges der gewährten Leistungen wesentlich über ähnliche Regelungen anderer Staaten hinausgehen. Das Gesetz wird deshalb eine große internationale Beachtung finden.

Auch das 5. Strafrechtsänderungsgesetz, welches wir vorbereiten, ist auf die Erfüllung völkerrechtlicher Verpflichtungen im Strafrecht der DDR und auf die weitere effektive Bekämpfung und Verhütung neuer Erscheinungsformen der Kriminalität gerichtet. Das entspricht den Orientierungen unserer Partei, Gesetzlichkeit, Ordnung und Sicherheit weiter zu festigen.

Im Vordergrund stehen insbesondere der verstärkte Schutz des sozialistischen Eigentums und der Volkswirtschaft, von Staatsgeheimnissen sowie der natürlichen Umwelt, der Schutz von Flugplätzen der Zivilluftfahrt und der Schutz der Seeschifffahrt, aber auch die Realisierung von weiteren Verpflichtungen aus völkerrechtlichen Verträgen zur Terrorismusbekämpfung (z. B. Angriff auf völkerrechtlich geschützte Personen).

Es geht auch um die Gewährleistung höherer Sicherheitsanforderungen, einer hohen Staatsdisziplin in den Leitungs- und Informationsbeziehungen, um eine hohe Wachsamkeit sowie des Geheimnisschutzes in allen Bereichen.

Neu bzw. erstmals werden geregelt:

- die strafrechtliche Verantwortlichkeit für Geiselnahme,
- die Verletzung der Rechte an persönlichen Daten,
- der Mißbrauch der Datenverarbeitung zum Nachteil sozialistischen Eigentums, persönlichen oder privaten Eigentums,
- die Spekulationsdelikte,
- die strafrechtliche Verantwortlichkeit bei Entführung von Schiffen.

Genosse Mielke unterstreicht, daß die Einschätzung, die Genosse Kozaliew im Erfahrungsaustausch zur Frage der Schaffung eines sogenannten selbständigen und unabhängigen Untersuchungsorgan gegeben hat, richtig ist. Ein derartiges Untersuchungsorgan wäre eine Lösung von der operativen Basis und die Staatssicherheitsorgane können niemals einem solchen losgelösten Organ die von ihnen erarbeiteten internen Kenntnisse übermitteln. Ein solches Organ könnte sich selbst auflösen. Wir gehen davon aus, daß die Untersuchungsarbeit ständig qualifiziert werden muß. Die Geheimdienste werden ständig unsere Methoden aus und feindliche Kräfte werden durch die Konfrontation mit uns in die Lage versetzt, ihre Taktik festzulegen. Deshalb muß die Untersuchungsarbeit immer weiterent-

wickelt werden. Die Untersucher müssen qualifizierter sein als der Feind. Sonst werden sie keine Geständnisse erreichen, sonst gibt es Fehler bei der Anwendung der sozialistischen Gesetzlichkeit. Stellt die Untersuchung nicht die Wahrheit fest, dann kommt es dazu, daß der Falsche freigelassen oder auch verurteilt wird. Wenn wir nicht qualifiziert untersuchen, werden wir den Feind an der falschen Stelle suchen. Der Vernehmer muß ein hochgebildeter Kommunist sein ohne eine feste Klassenposition kann er nicht richtig arbeiten. Diese Zusammenhänge sind in der Qualifizierung immer wieder neu zu berücksichtigen. Wir nutzen gerade gegenwärtig den 70. Jahrestag der Gründung der KPD, um unsere Kader zu festigen. Diesem Ziel diene auch die erst vor einigen Tagen durchgeführte Delegiertenkonferenz der Parteigrundorganisation in der Hauptabteilung Untersuchung.

Wir leben in einer schweren Zeit auch weil "Glasnost" mißbraucht wird, mißbraucht vom Feind, von Aufgeweichten und von feindlich-negativen Kräften der verschiedensten Kategorien. Hier ordnet sich auch ein, daß mit dem angeblichen Vorgehen gegen Stalin und seine Fehler die verschiedensten in Wahrheit gegen den Sozialismus gerichteten Angriffe vorgetragen werden. Man kann Stalin alle möglichen Verbrechen nachweisen; wir wollen ihn auch nicht verteidigen, aber nicht er hat den Faschismus geschaffen, sondern der deutsche Imperialismus. Es darf nicht zugelassen werden, daß Faschismus und Stalinismus miteinander gleichgesetzt werden, daß sie als identisch bezeichnet werden. Derartiges bringt uns nicht voran. Wenn man heute nicht offensiv voranschreiten, wenn man nur in den Fehlern der Vergangenheit wühlt, dann beginnt man eine eigene, gegen uns selbst gerichtete politisch-ideologische Front. Hier muß man auch sehen, daß es zu schweren negativen Wirkungen führt, wenn man den Widerstand der Partisanen, den Kampf der Kundschafter gering-schätzt oder sich selbst zu solchen Behauptungen versteigt, die Sowjetunion trage Schuld am 2. Weltkrieg. Es ist richtig, wenn Genosse Gorbatschow dazu aufforderte, diese Reden einzustellen.

Wenn in sowjetischen Zeitschriften, wie "Sputnik" oder "Neue Zeit", die in vielen Sprachen und Ländern verbreitet werden oder auch wie jüngst in der Zeitung der DKP "Unsere Zeit" in bezug auf die Sowjetunion und ihre Geschichte ständig von Greueln die Rede ist, dann kann man doch damit keine jungen Menschen mehr für den Kommunismus gewinnen. Damit verwirrt man die Jungen und Alten. Oder wie soll man es anders einschätzen, wenn heute in der Sowjetunion das Andenken jener mißachtet wird, die in der "Roten Kapelle" ihr Leben für die Sowjetunion eingesetzt haben. Wir, die Kommunisten und Tschechisten der DDR, werden dieses Andenken, werden diese Leistungen und werden diese Menschen, vor denen wir die größte Hochachtung haben, stets schützen.

Das war auch der Anlaß dafür, daß ich, so hob Genosse Minister hervor, über den Vorsitzenden des KfS der UdSSR veranlaßt habe, daß in der Sowjetunion diskreditierende Veröffentlichungen über die "Rote Kapelle" eingestellt werden. Wir haben unsererseits unmißverständlich zum Ausdruck gebracht, daß bei Fortsetzung die DDR ihrerseits publizieren wird, welche Leistungen diese Widerstandskämpfer, diese Kundschafter für die Sowjetunion unter Einsatz und unter dem Opfer ihres Lebens vollbracht haben.

Die falsche Anwendung von "Glasnost" begünstigt den Feind, ermöglicht es ihm, sich zu tarnen und bringt die Untersucher, die gegen die begangenen Handlungen offensiv vorgehen, in ein schlechtes Licht.

In diesen großen Zusammenhängen muß man heute die unmittelbaren Untersuchungshandlungen sehen, muß sich die Untersuchungsarbeit als Ganzes bewähren.

Der Brief des Genossen Stojanow an Genossen Mielke, der Artikel in "Rabotnitschesko Delo" sowie die Ergebnisse des Erfahrungsaustausches beweisen, die Staatssicherheitsorgane der VR Bulgarien und der DDR stimmen überein. Es ist gut, wenn wir gemeinsam in der heutigen Zeit, so wie es in diesen

Dokumenten und Ergebnissen zum Ausdruck kommt, arbeiten. Wir müssen stets die Realität der gegenwärtigen Bestrebungen des Feindes sehen.

Der Gegner und in seinem Auftrage handelnde Kräfte in den einzelnen sozialistischen Staaten gehen doch gegenwärtig nach dem Motto vor: "Heute sind wir loyal, morgen brauchen wir die nationale Fahne und übermorgen treten wir aus dem Bund der Sowjetunion - aus der sozialistischen Gemeinschaft aus!" So konkret stellt sich heute der Klassenkampf dar.

Im Zusammenhang mit den Regelungen über die Ausreise aus den sozialistischen Ländern muß man, so betonte Genosse Minister, immer sehen, daß diejenigen, die hierzu eine absolute Freizügigkeit fordern, doch keine Freunde des Sozialismus sind. Alle die heute aus der DDR für ständig ausreisen wollen, haben doch nicht die Absicht, den Sozialismus weiter voranzubringen. Sie betrachten sich ideologisch mit dem kapitalistischen System verbunden, sie handeln als Feinde des Sozialismus. Die vorgenannte Forderung dient ausschließlich konterrevolutionären Zielen und auch deshalb wird es in der DDR keine Legalisierung von Helsinkigruppen geben. Auch die evangelische Kirche in der DDR soll, wenn es nach den Zielen konterrevolutionärer Kräfte geht, als zweite politische Macht in unserem Lande etabliert werden. Sie wollen mit uns nicht über die verschiedensten Probleme reden, um die besten Lösungen zu finden. Für ein solches Herangehen bieten die gegenwärtigen Formen der Zusammenarbeit breitesten Raum. Was sie wollen, ist eine Mitsprache in Fragen der politischen Machtausübung.

In der heutigen Situation ist es von ausschlaggebender Bedeutung, die Fragen der Ökonomie, der Macht der Arbeiterklasse sowie der staatlichen und gesellschaftlichen Disziplin konkret zu beherrschen.

Genosse Mielke betont, daß er unter Kommunisten und Tschechen zu den aufgeworfenen Problemen ehrlich seine Meinung darlegen wollte.

Genosse Stojanow möge diese Probleme, sofern sie auch für Bulgarien wichtig sind, durchdenken und entsprechend den Erfordernissen handeln. Meine Genossen arbeiten in den dargelegten Richtungen schon recht gut, aber es muß weiter vorangehen - auch deshalb, weil noch einige Fälle offen sind.

Genosse Kozaliew möchte Genossen Stojanow nochmals die herzlichsten Grüße übermitteln, Genosse Stojanow solle, sofern das möglich ist, auch den Generalsekretär des ZK Genossen Schiwkow recht herzlich grüßen.

Genosse Kozaliew sicherte Genossen Minister Mielke die Übermittlung der Grüße und eine detaillierte Berichterstattung über das Gespräch zu. Er bedankte sich und führte nochmals den Artikel aus "Rabotnitschesko Delo" an und erklärte, daß es dazu bei ihnen im Ministerium eine Kollegiumssitzung und eine Parteiaktivtagung in der Untersuchung gegeben hat.

Dabei wurde die Schlußfolgerung gezogen, daß es darauf ankomme, den Kampf gegen alle Formen der Kriminalität zu aktivieren und seine Wirksamkeit zu erhöhen.

Auf diese Weise soll auch allen anderen destruktiven, insbesondere feindlichen Kräften und Gruppierungen gezeigt werden, daß der sozialistische Staat die Macht zuverlässig schützt und für gesetzwidrige Aktivitäten kein Handlungsspielraum besteht.

Genosse Minister überreichte seinem Gast als Erinnerung eine aus Anlaß des 750jährigen Bestehens Berlins herausgegebene Medaillenkassette.